

Wie mein Glaube an das bedingungslose Grundeinkommen zerstört wurde

Eine teilweise nicht ganz ernst geführte Auseinandersetzung mit den „11 schlechten Argumenten für ein bedingungsloses Grundeinkommen“

Von Günter Sölken

Als bekennender Nicht-Marxist habe ich es leicht: ich brauche mir keine Gedanken darüber zu machen, wie ER sich zu einem bedingungslosen Grundeinkommen stellen würde; heute, unter immer noch kapitalistischen Bedingungen in einer anarchistisch-globalisierten Welt. Aber ich beobachte diese innermarxistische Debatte und habe darin auch immer wieder einig Lesens- und Bedenkenswertes gefunden. So hatte ich mich denn auch vor wenigen Tagen – beim Frühstück – der aktuellen Streitschrift von Nele Hirsch, Robert Blättermann, Stonja Staack und Sandro Witt „11 schlechte Gründe für ein bedingungsloses Grundeinkommen“ zugewandt. Lassen Sie mich beschreiben, wie dieser Beitrag meinen bisher unerschütterlichen Glauben an das bedingungslose Grundeinkommen ins Wanken gebracht hat.

Also, ich habe gerade zum zweiten Mal in mein Brötchen gebissen, da lese ich, dass der ausbeuterische Charakter der gegenwärtigen Erwerbsarbeit nicht an der Arbeit selbst liege, sondern an ihrer kapitalistischen Organisation. Der kapitalistischen Ausbeutung fordern die Autoren, das „Leitbild der guten Arbeit“ entgegenzusetzen. Ich verstehe, was damit gemeint sein könnte, frage mich aber, welche Relevanz diese Botschaft für die aktuellen Lebenssituationen der Betroffenen von Working-Poor, der aus der Erwerbsarbeit Ausgegrenzten und der dem repressiven Hartz IV-Regime Ausgelieterten haben soll.

Aber Hirsch&Co. werden schon bald konkreter. Als ganz praktische und offensichtlich vorrevolutionär umsetzbare Alternative zum bedingungslosen Grundeinkommen schlagen sie z.B. vor, die vorhandene Arbeit durch massive Arbeitszeitverkürzung auf mehr Schultern zu verteilen. „Prima,“ denke ich, „die Einsicht ist etwa 30 Jahre alt. Am besten kämpfen wir dafür noch mal 30 Jahre. Ich bin dann über 80 und werde, sollte ich noch leben, erneut die Idee eines BGE aus der Schublade ziehen.“ – Ich bin noch nicht überzeugt und immer noch Anhänger des BGE.

Aber dann kommt auch gleich – beim zweiten Brötchen - eine gewaltige Warnung daher, nämlich sich keine falschen Hoffnungen auf positive Veränderungsimpulse der Einführung eines BGE zu machen, z.B. in Sachen Ökologie. So sei wahrscheinlich, dass die kapitalistischen Ausbeuter auch unter den dann geltenden ökonomischen Bedingungen unter den Arbeitern willige Handlanger für die Abholzung des Regenwaldes finden würden. Was soll ich sagen? – Mir fährt ein erster gewaltiger Schreck in die Glieder!

Die Autoren legen nach und weisen mich darauf hin, dass die „freie Entfaltung des einzelnen die Voraussetzung der freien Entfaltung aller ist“. Dazu kommt ein handfester Ratschlag: „Lasst uns die Eigentumsfrage stellen!“ – Gerne, das unterschreibe ich doch auch als Nicht-Marxist. Ganz ehrlich: Auch ich frage mich schon lange, ob die ungleiche Verfügung über Grund und Boden, die Produktionsmittel, die Meinungsfabriken in den Verlagen und Medienanstalten von Gott oder dem Universum wirklich so gewollt sein kann; von Karl Marx, das haben wir schriftlich, gewisslich nicht. – Ich zünde mir eine Zigarette an und beschließe, noch heute Briefe an Angela Merkel, den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts und Josef Ackermann zu schreiben und ihnen ultimativ die Eigentumsfrage zu stellen.

Ich komme zum 10. der 11 schlechten Argumente und erfahre ganz Neues, geradezu Entlarvendes über die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens. „Angenommen“, so lese ich dort, „die utopische Vorstellung funktioniert, das bedingungslose Grundeinkommen wird eingeführt und niemand geht mehr arbeiten?“ – Bei diesem zweiten Schreck habe ich fast meinen Kaffee verschüttet. Denn obwohl ich mich schon seit einigen Jahren mit den diversen Modellen des BGE befasst habe, war mir bisher noch keines untergekommen, in dem davon ausgegangen würde, dass „niemand mehr arbeiten geht“. Jahrelang hatte ich vermutet, das

Ziel aller fortschrittlichen GE-Modelle sei eine Tätigkeitsgesellschaft neuen Typs. Und jetzt muss ich erfahren, dass es beim BGE wohl einzig um eine kollektive Arbeitsverweigerung geht?! Dies sei aber gar nicht gut, warnen die Autoren, weil es eben kein „erster Schritt, um den Kapitalismus zu stürzen und zum Sozialismus zu kommen“ wäre. Vielmehr würde nur die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen zusammen- und ein Überlebenskampf jeder gegen jeden ausbrechen.

„Desaster, Hunger und Elend durch Grundeinkommen?“, schwant mir plötzlich. Das Zittern in der Hand mit der Kaffeetasse wird schlimmer, denn jetzt kommt mein Glaube an die Möglichkeit einer besseren, gerechteren Welt mit einem BGE nahezu vollständig ins Wanken. Gut, dass mir Hirsch&Co schon wenige Zeilen später eine ganz neue Hoffnung nahe legen. „Zur Überwindung des Kapitalismus und zur Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft kommt es erst“ schreiben sie, „wenn die lohnabhängigen Beschäftigten im gemeinsamen Klassenbewusstsein die Macht über die Betriebe und damit über Produktion und Produktionsmittel selbst übernehmen“. Der ultimative Ratschlag: Finger weg vom Grundeinkommen und „lasst uns bedingungslos die Machtfrage stellen und für eine grundlegend andere Gesellschaftsordnung kämpfen!“ Das ist mal ein Wort. Immerhin hat DIE LINKE nach aktuellen Umfragewerten bereits jetzt 10 Prozent der Bevölkerung hinter sich, da können doch die fehlenden 41 Prozent bis zur Mehrheit kein Problem sein. Wahrscheinlich haben Nele Hirsch und ihre Freunde bereits den neuen Erfolgslogan in der Schublade, z.B. „Vollbeschäftigung nur mit uns!“ – Oh, goldene Zukunft!!

Ne, ne, ganz so war´s nicht. Im Gegenteil: Ich fand die Lektüre der 11 wirren Ausführungen eigentlich ärgerlich. Adressaten der Streitschrift sind schließlich nicht die Straubhaars und andere Neoliberale, sondern die immer mehr werdenden Anhänger einer sozialfortschrittlichen und emanzipatorischen Grundeinkommensidee, die innerhalb der Partei DIE LINKE bereits zu einer starken Fraktion geworden sind. In ihrer Pseudo-Argumentation lassen sich Hirsch&Co. aber eigentlich nur auf eindeutig falsch etikettierte neoliberale Armutskonzepte ein. Ganz ähnlich wie man das in der BGE-Diskussion auch von führenden SPD-Vertretern kennt; z.B. von Andrea Nahles, die aktuell sogar das „Liberale Bürgergeld“ zu den Grundeinkommenskonzepten zählt. Beides sind billige Taschenspielertricks, die in einer fairen Sachdiskussion nichts zu suchen haben sollten.

Doch, ich habe aus der innermarxistischen BGE-Debatte wirklich manches Kritische gelesen, was es m.E. es zu berücksichtigen gilt. Zu diesen positiven Beiträgen gehören aber sicherlich nicht die „11 schlechten Gründe“. Für mich stellen sie einen Rückfall in ordosozialistische Belehrungen dar, von denen ich dachte, dass sie seit dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme in Mittel- und Osteuropa endgültig der Vergangenheit angehören würden. Es sind „11 wirre Ausführungen aus der ideologischen Mottenkiste: der Ausdruck einer getrübbten Wahrnehmung der dramatisch veränderten makroökonomischen Rahmenbedingungen sowie eines sturen Beharrens auf tradierten Denkmustern, in denen leider auch kein Platz für ein positives Menschenbild und basisdemokratische Transformationsprozesse zu sein scheint. Und irgendwie habe ich mich bei der Lektüre an Zeiten erinnert, als man in diesem Lager zwischen bösen (kapitalistischen) und guten (sozialistischen) Atomkraftwerken unterschieden hatte.

Gut, dass die Grundeinkommensbefürworter in der Partei DIE LINKE die „11 wirren Ausführungen“ nicht unwidersprochen lassen.